

*Rez. SCHROEDER, Tod den Scholaren!*

SCHROEDER, Klaus-Peter, „Tod den Scholaren!“ Studentische Kriege, Revolten, Exzesse und Krawalle an der Heidelberger Universität von den Anfängen bis zum Ausgang des 20. Jahrhunderts, (= Heidelberger Schriften zur Universitätsgeschichte 4), Heidelberg 2016.

Überall dort, wo Universitäten gegründet wurden und manchmal sich über Jahrhunderte zu etablieren wußten, blieb ihnen keine andere Wahl – auch wenn es ihrem je spezifischen intellektuellen Ethos oder dem elitär-affektierten Habitus ihrer Mitglieder, vor allem der Professoren, aber auch der Studenten, zuwiderlief –, als sich einerseits mit ihrer unmittelbaren Umgebung, meist einer Stadt, zu arrangieren und sich auf die wirtschaftlichen, politisch-administrativen, sozialen und kulturellen Verhältnisse einzulassen. Auf der anderen Seite versuchten sie, entsprechend dem Grade ihres Selbstwertgefühls, ihres Bedeutungszuwachses und eines wie selbstverständlich beanspruchten Autonomiebedürfnisses, gegenüber der verfaßten kommunalen bzw. monarchischen wie republikanischen Obrigkeit Grenzen zu ziehen und darüber hinaus ihre Bedeutung für die Entwicklung der Stadt genügend und mit Genugtuung herauszustreichen. Es liegt auf der Hand, daß hinsichtlich derartiger Konstellationen Spannungen, Mißstimmungen, Überreizungen, Verhärtungen und Feindseligkeiten nicht ausgeblieben sind. Mit Recht hat daher der Autor, Klaus-Peter SCHROEDER, emeritierter Rechtshistoriker an der Universität Heidelberg, in seinem „Vorwort“ festgehalten, daß Universitätsgeschichte immer auch „Staats-, Stadt- und ebenso Mentalitätsgeschichte“ einschließe (o. S.). In diesem Zusammenhang verweist er auf die „Wesensverschiedenheit bürgerlicher und universitärer Lebenswelten“ – wobei das Wort „bürgerlich“ recht exzentrisch gleichermaßen auf Spätmittelalter und Frühe Neuzeit projiziert wird. Für Heidelberg hat dieses Beziehungsgeflecht zwischen Universität und Stadt bereits sehr an-

schaulich in Andreas CSER's Überblick seinen kongenialen Bearbeiter gefunden.<sup>1</sup> Der Anspruch SCHROEDERS ist enger gefaßt: Er legt den Akzent auf die studentischen Belange, Aktivitäten, Mentalitäten und Verhaltensweisen, soweit diese sich in Gewaltverhältnissen, exzessiven Protestationen, Drohgebärden oder tumultuarischen Umtrieben ausdrückten. Ebenso werden die Kräfte der Gegenwehr auf der universitären, kommunalen und staatlichen Ebene namhaft gemacht, desgleichen die Wahl ihrer eingesetzten Gegenmittel, die zwischen quietistischem Rückzugsverhalten, konstitutionalistischen Gegenmaßnahmen oder massivem Repressionshandeln changierte – je nach Zeitumständen, Bewußtseins- und Interessenlagen und politischen Ansprüchen.

Bis in die Moderne hinein blieb das Verhältnis der Universität zur Stadt Heidelberg und ihren Bewohnern seit ihrer Gründung 1386 durch Kurfürst RUPRECHT I. und ihrer Mitglieder – besonders die Studenten – eher feindselig bestimmt. Schon früh wurde der Sonderstatus der Universität in Bezug auf die Stadt herausgestrichen, und auch der Kurfürst hatte die Gründung ohne Rekurs auf die Stadtoberen forciert. Vor allem bei Konflikten, die justitiell entschieden werden mußten, zeigte sich die Privilegierung der Universität durch den Landesherrn (13f.). Der Autor sieht darin die Ursache, daß „weite Teile der Bürgerschaft“ die Universität grundsätzlich abgelehnt habe (14). Gleichwohl verpflichtete RUPRECHT I. die kommunalen und fürstlichen Amtsträger, die verbrieften Rechte der Universität zu beachten. Dieser Trialismus von Landesherrn, Stadt und Universität blieb bis zum Ende der Kurpfalz die prägende Beziehungsstruktur, wobei die Nachrangigkeit der städtischen Belange oftmals beobachtet werden kann.

Eruptiv brach im Jahre 1406 ein Konflikt aus, der als erster „Studentenkrieg“ bezeichnet wird (25-33). Dabei ging die Initiative von einzelnen Bürgern aus, die Studenten verprügelten. Es ertönte der Schlachtruf: „Tod den Scholaren, man soll sie alle umbringen, die Tonsurierten, Rasierten und Talarträger“ (30). Nach der massiven Intervention des Kurfürsten wurden die Rechte der Universität erneut bestätigt, eine Prozedur, worauf die Universität nach jedem Regentenwechsel ausdrücklich bestand (32). Ein paar Jahre später bliesen kurfürstliche Würdenträger und Militärs sowie, in deren

---

1 CSER, Andreas, Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg, Karlsruhe 2007.

Windschatten, Heidelberger Bürger zur Hatz gegen Studenten, da diese einen fürstlichen Leibbogenschützen aus dem Württembergischen auf der Durchreise schwer mißhandelt hatten (1422). Auch in diesem Zwischenfalle resultierten daraus zählebige Befriedungsverhandlungen, in denen die Universität genötigt war, erneut auf ihre gewährten Privilegien zu pochen (35f.). Ein weiterer Vorfall aus dem Jahre 1426 – Angehörige des kurfürstlichen Hofes hatten einen Theologiestudenten am Baume aufgeknüpft – veranlaßt den Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß in den Augen des Hofes die Universität nicht wie eine „*filia delecta*“ behandelt wurde, sondern eher wie ein „ungeliebte(s) Findelkind“, das man aufgrund älterer Versprechen notgedrungen schützen mußte (43). Ein weiterer blutiger Konflikt im Jahre 1556, mitten in den konfessionellen Auseinandersetzungen, als Heidelberger Bürger über Studenten herfielen, wurde mit einem Machtwort des kurfürstlichen Administrators beigelegt, der durch klare und strenge Regelungen des studentischen Lebens nachhaltig Abhilfe zu schaffen suchte. Eine dauerhafte Beruhigung des Verhältnisses zwischen Stadt und Universität konnte aber erst zu Beginn des XVII. Jahrhunderts hergestellt werden (53). Es schienen vor allem die gerade für das Kurpfälzer Territorium verheerenden Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges gewesen zu sein, die zu einer engeren Bindung zwischen Stadt und Universität geführt hatten. SCHROEDER spricht sogar von einer „Schicksalsgemeinschaft“ – ein Begriff, der aber erst von den nationalen und nationalistischen Bewegungen des XIX. und XX. Jahrhunderts in Umlauf gebracht worden ist (57, 85).

Nicht als Vorurteil verstanden wissen will der Autor das Ergebnis der durchgreifenden Rekatholisierung der Universität, wenn er das intellektuelle Klima, nach einer Quelle, als „finsternen mönchischen Geist“ qualifizierte (67). SCHROEDER verweigert sich zudem der Anerkennung der bis heute tradierten Ansicht, daß sich die Studenten sehr rücksichtsvoll betragen hätten. Das Gegenteil war der Fall. Sogar jüdische Bürger waren vor studentischen Anfeindungen nicht verschont. Aber auch die Bürgerschaft insgesamt hatte es nicht leicht mit den Studenten und ihren exzessiven Übergriffen und ihrem ziemlich lotterhaften Verhalten (68-75). Zur Disziplinierung der Studenten, aber auch von Professoren, erließ Kurfürst CARL THEODOR 1786 und folgende mehrere Reg-

lements, um dieser Verrohung Einhalt zu gebieten (z. B. Glücksspiel- und Duellverbot, 73).

Mit den tiefgreifenden Nachwirkungen der Ergebnisse der Französischen Revolution, der napoleonischen Eroberungspolitik, die die deutschen und europäischen politischen Zustände in einem Maße durcheinanderwirbelte, daß kein Stein auf dem anderen zu bleiben schien, sowie der antirevolutionären Gegenbewegungen, die in weiten Teilen Europas zur Restauration des monarchischen Prinzips führen sollte, das sich in der Handhabe reaktionärer Maßnahmen gegen liberale bis radikaldemokratische Bewegungen offenbarte, begann das lang andauernde Stadium der Politisierung der Studentenschaft, das dort, wo ein für damalige Verhältnisse weitverzweigtes Universitätssystem bestand, sich äußerst vital zeigen sollte. Sorgte an der Heidelberger Universität bis zum Ausbruch der Revolution in Paris die Knechtschaft des jesuitischen Überwachungssystems für eine ausgedehnte Sozialdisziplinierung der Studentenschaft, so sollten nach 1789 die ersten Orden und Geheimbünde wie die „*Illuminaten*“ sich zu regen beginnen. Die vom Revolutionsgeist angezogenen Studenten, aber auch Bürger in der Kurpfalz wurden ausfindig gemacht und zum Stillschweigen gebracht. Zeitgenossen berichteten, daß die Heidelberger Universität einer „gegenaufklärerischen ‚Oase‘“ glich (82). Auch der badische Staat duldete nach dem Aufkommen des Korporatismus an der Universität in keinsten Weise einen „Staat im Staate“ (89). Doch alle Dekrete und Erlasse fruchteten nichts, denn die nun korporativ organisierten Studenten zogen dessenungeachtet weiterhin gegen Ihresgleichen, Professoren und Stadtbürger zu Felde (90f.). Sie taten alles, um sich gegen die von der Universitätsspitze oktroyierten verstärkten Reglementierung des Studiums sowie ihrer Verhaltensweisen zur Wehr zu setzen. Da inzwischen Repräsentanten und Bürger in Heidelberg zu erkennen schienen, daß sich das numerische Aufkommen an Studenten an der Universität zu einem wichtigen ökonomischen Indikator entwickelte, von dem sie nur profitieren konnten, und die Furcht vorhanden war, durch eine allzu weitgehende soziale Kontrolle den Weggang von Studenten zu provozieren, suchten sie Studentenschaft und Universität nicht mehr, wie in früheren Jahrhunderten, als unwillkommene Phänomene zu qualifizieren (vgl.

91-93, 95, 101).

Im Jahre 1817 wurde die Heidelberger Burschenschaft gegründet, in der sich, wie in allen Burschenschaften im Deutschen Bund, nationales, patriotisches und radikal-demokratisches Gedankengut mischte, das eine kämpferisch-agitierende Note aufwies. In der lähmenden Zeit des Biedermeier mit ihrem Metternich'schen Spitzel- und Überwachungssystem nahmen die Konflikte der Burschenschaft mit der Universität, aber auch mit den Behörden, zu. Vor allem nach der Julirevolution in Frankreich 1830 und dem Hambacher Fest zwei Jahre später trat sie offen für die freiheitlichen Bürgerrechte und die politische Unifizierung Deutschlands ein (114). Mit Argwohn besah sich die Karlsruher Administration das Treiben der sog. „Progressburschenschaft“, die in den 1840er Jahren eine radikale Umwälzung der Universität anstrebte, insbesondere die Abstoßung des akademischen Standesdünkel, der einer Fraternisierung mit der Stadtbevölkerung, dem liberalen Bürgertum, im Wege gestanden hatte (117). Eine echte Solidarisierungsbewegung zwischen Bevölkerung und Studentenschaft zeitigte das Verbot des „Demokratischen Studentenvereins“ im Gefolge der 48er Revolution durch die badischen Behörden. Das war allerdings vornehmlich ökonomisch begründet. Denn fast dreiviertel der 500 Heidelberger Studenten zogen aus Protest im Juli 1848 nach Neustadt a. d. H., was zu erheblichen Einnahmeverlusten im Heidelberger Wirtschaftsleben führte (120). Der Sieg der monarchischen Reaktion über die Revolution, der sich in zahlreichen Verfahren gegen rebellierende Studenten ausdrückte, mündete ein in einen, wie der Autor schreibt, „autoritären Konformismus“, der, nach 1871, in eine neue Staats- und Dynastievergottung führte, die machtstaatsorientiert und weltgeltungsobsessiv bestimmt war (124f.).

SCHROEDER zeichnet das Studentenleben in der Kaiserzeit durchaus ambivalent: Auf der einen Seite das sich bis heute gehaltene idyllische Bild des burschenschaftlichen Elementes, dessen organisatorische Basis das Corpsstudententum war mit seinen das städtische Bild mitprägenden Insignien, symbolischen Handlungen und Ritualen. Demgegenüber stand das Ethos des Standesdünkel und die rigiden Ehrvorstellungen. Der produktive Geist litt wohl darunter: „(V)ieles, was einst tieferen Sinn gehabt (ha-

be), (sinke) allmählich zu einer hohlen Form herab“ (zit. 135). Der Autor charakterisiert die politische Mentalität des Korporationswesens mit dem Begriff „apolitischer Nationalismus“ (137), was aber einer *contradictio in adiecto* gleichkommt, da jeder Nationalismus *per se* politisch ist. Immerhin weist er auf die antisemitischen Vorstellungen der Korporationen hin, die jüdische Studentengruppierungen bekämpften (138).

In der Weimarer Zeit radikalisierten sich weite Teile der Studentenschaft in Heidelberg in Richtung auf einen aggressiven völkischen Nationalismus bzw. eine rigorose Republikfeindlichkeit. Der Verfasser begeht aber einen Fehler, wenn er dieser Politisierung die „geordneten Verhältnisse“ der Vorkriegszeit als Spiegel vorhält, als ob diese Zeit das „bessere Deutschland“ verkörpert habe (147). Das ist unkritisch gegenüber den – übrigens auch von ihm selbst festgestellten – Tendenzen des Völkischen und Antirepublikanischen in der Monarchie. Ebenso zu denken gibt die Neigung des Autors, diese Tendenzen und ihre extremen Erscheinungsformen einzig und alleine dem „Nationalsozialistischen Studentenbund“ zuzuschreiben und andere völkisch-antirepublikanisch gesinnte Korporationen unter der Hand zu exkulpierten (so z. B. 147, 151). Merkwürdig auch die Annahme, die vom Antimilitaristen GUMBEL gebrauchte Kohlrübe-Metapher von 1932 als „entgleisend“ abzuwerten, schließlich seien die nationalen Empfindungen der Studenten, Professoren und der Bürgerschaft „tief verletzt“ worden (154f.).

In Bezug auf die nationalsozialistische Eroberung der Universität erhebt SCHROEDER den „Versailler Gewaltfrieden der Siegermächte“ in den Rang des „wirkmächtigste(n) Katalysator“ der zunehmenden Radikalisierung der Studentenschaft – was hat er denn von den Alliierten anderes erwartet? Daneben stellt er zusätzlich die Wirtschaftskrise, die hohe Arbeitslosigkeit, die sich rapide verschlechterten Berufsaussichten für Akademiker, die manifeste Perspektivlosigkeit der jungen Leute als Voraussetzungen der Eroberung der Macht in Staat und Gesellschaft durch die Nationalsozialisten (159f.). Mit dem Satz: „Offenkundig und sichtbar für alle war die politische Ordnung der Weimarer Republik am Ende“ weist der Autor einer gewissen teleologischen Tendenz zur Agonie und dann zum vermeintlich unausweichlichen Zerfall der Republik den Weg (161).

Zwingend war aber diese Entwicklung keineswegs, wenn man beachtet, daß es in anderen Ländern mit vergleichbaren wirtschaftlichen und sozialen Krisensituationen einschneidenden Ausmaßes zu anderen demokratischen Lösungen gekommen ist. Wenn sich die Studentenschaft in Heidelberg – und auch anderswo – im nationalsozialistischen Sinne seit Beginn der 1930er Jahre radikalisierte, dann liegen die Wurzeln und Voraussetzungen tiefer. Schon die Verwendung des Begriffs „Jahre der Hitlerei“ erzeugt die Vorstellung von der an sich anständigen Art eines „deutschen Wesens“, das lediglich durch HITLER und den Seinen mißbraucht worden sei (159). Auf den folgenden Seiten schildert SCHROEDER die terroristischen Aktionen des NSDStB in Heidelberg, die Übergriffe auf mißliebige Professoren, wobei er die Hilflosigkeit und das „ängstliche(...) Verzagen“ vieler Akademiker mit Recht an den Pranger stellt (163, 168, in Bezug auf den Weltkrieg 175). Im übrigen war der erste „Führer“ rektor WILHELM GROH mitnichten ein unverhohlener Sympathisant der Nationalsozialisten: er *war* Nationalsozialist (172).

Die Neubegründung der Universität nach 1945 wird so geschildert, als ob die amerikanischen Besatzungsbehörden lediglich als störende Faktoren in diesem Restitutionsprozeß vorkamen. Dem Autor scheint es gar nicht schnell genug gegangen zu sein, daß die alten Traditionen des akademischen Komments wieder in ihr Recht gesetzt werden konnten. Dabei wird dem ersten Rektor KARL HEINRICH BAUER, dem bekannten Chirurgen, dessen „unermüdliche(r) Einsatz“ gutgeschrieben (178). Unerwähnt bleiben freilich dessen frühe Studien zur Erbgesundheit sowie seine Begrüßung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934.<sup>2</sup> Der Autor geht auf die entbehrungsreiche Zeit in der Besatzungszeit ein, als viele Studenten größte Mühen hatten, eine Wohnung zu finden, oder Hunger und Erkrankungen die existenzielle Sicherung gravierend beeinträchtigten. Es kam z. B. zu gewaltlosen Hungerdemonstrationen (181). Ziemlich freundlich zeigen sich Äußerungen SCHROEDERS über das zaghafte Aufglimmen der Korporationen, obwohl diese verboten waren. Er beschuldigte die Professo-

---

2 Vgl. SOMMER, Felix, Chirurgie, in: Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, hg. von Wolfgang E. ECKART, Volker SELLIN und Eike WOLGAST, Heidelberg 2006, 811-822, hier: 814-816; S. 815 der Hinweis, daß BAUER „als überzeugter Nationalsozialist zu bezeichnen (sei)“.

ren, die in der Bevölkerung eine antikorporative Gesinnung schürten, wohl mit dem Hintergedanken, ihr eigenes Versagen in der NS-Zeit zu kaschieren (185). Insgesamt zeichnet der Autor ein Bild des Universitätsstudiums, in welcher die „skeptische Generation“, ideologiefrei und entpolitisiert, sich mit kühler Pragmatik daran machte, möglichst rasch im Berufsleben Boden unter den Füßen zu bekommen und das Studium zügig abzuschließen (182, 189). Toleranz „und ein verträgliches Miteinander“ kennzeichneten das Universitätsleben bis Mitte der 1960er Jahre. Menetekelhaft raunt SCHROEDER: „Noch kannte man jedoch nicht die hasserfüllten Tiraden ideologisch geschulter Studentenkader“ (189).

Dieses letzte Kapitel, in dem die Politik der Demokratisierung der Universitäten und die Studentenbewegung thematisiert werden (193-209), fußt im Wesentlichen auf drei Säulen: Erstens ist dieser Abschnitt eine einzige Jeremiade auf das Ideal einer versunkenen Universität, das zwar in tatsächlichen oder nur imaginierten Krisenzeiten gerne herumgezeigt und seine Rehabilitierung ersehnt wurde, sich empirisch aber nie verifizieren ließ. Der Autor zitiert dabei im Sinne einer Bekräftigung privat getroffene Aussagen des damals bereits emeritierten Heidelberger Strafrechtlers EBERHARD SCHMIDT, der einen „verspäteten Nachruf für eine teure Verstorbene“ geschrieben hatte (198). Der Untergang der Universität lasse sich exakt auf den 10. Dezember 1969 datieren, dem Tag der Verabschiedung der neuen Grundordnung, wie es das novellierte baden-württembergische Hochschulgesetz vorgeschrieben hatte.<sup>3</sup> Zweitens offenbart der Verfasser eine komplette Verständnislosigkeit gegenüber studentischen oder wenigstens reformpolitischen Forderungen, wie sie etwa von sozialliberalen und liberalkonservativen Politikern und Hochschulmanagern bzw. von erneuerungswilligen Professoren als vordringlich erachtet wurden, um das elitäre und das als anachronistisch aufgefaßte Ordinariensystem zu kippen und eine zeitgemäße „offenere“ Universitätsverfassung zu schmieden und die Hochschulen „gesellschaftsfähig“ zu konturieren. Bei SCHROEDER hingegen erscheint auch noch der kleinste Ungehorsam gegenüber der „Hohen Schule“ – ein Begriff, den der Autor immer mal wieder ehrfürchtig symbolhaft für

---

<sup>3</sup> GRÄFIN VON HARDENBERG, Simone, Eberhard Schmidt (1891-1977). Ein Beitrag zur Geschichte unseres Rechtsstaats. Berlin 2009, 522.



die Monumentalisierung der *Ruperto Carola* verwendet – als eine Majestätsbeleidigung des tradierten universitären Herkommens. Alles scheint über die Jahrhunderte in Stein gemeißelt zu sein, und die Vorstellung greift Platz, daß externer wie interner Veränderungsdruck die Universität nur in ihrer Substanz deformiert und einer lähmenden Durchschnittlichkeit preisgegeben habe (so z. B. S. 195, wo der Autor von „teilweise studierunfähigen Abiturienten“ als Symptom der Massenuniversität spricht). Selbst die im Vergleich zu „68“ relativ harmlosen Proteste der Studenten im Rahmen eines bundesweiten „Bildungsstreiks“ (2009), wo es um die Abschaffung von Studiengebühren und um Korrekturen an „Bologna“ ging, stoßen bei SCHROEDER eher auf Distanziertheit in der Bewertung als auf tentativer Empathie (208). Unerklärlich bleibt in diesem Zusammenhang, daß der Autor nicht auf die Nacht- und Nebelaktion des Rektors HOMMELHOFF im Jahre 2005 eingeht, als dieser überfallartig die Volkswirtschaftslehre an die Universität Mannheim abgeben und im Gegenzug die Informatik, Teile der Mathematik sowie die gymnasiale Lehrerbildung nach Heidelberg inkorporieren wollte. Es war vor allem dem massiven studentischen Protest zu verdanken – aber auch eine äußerst schlechte Presse, auch überregional –, daß das Rektorat klein begeben und diese undurchsichtigen Pläne begraben mußte.<sup>4</sup> Es ist selbstredend ein objektiver Tatbestand, daß der Furor der sich mehr und mehr radikalierenden „68er“ – manifestiert in Gewaltaktionen wie in einer radikal-doktrinären Ideologisierung – schweren Schaden hinterlassen hat. Daß er konservativ bis reaktionären Kräften in der Universität ein Dorn im Auge war, verstand sich von selbst. In ihrer aversiven Einstellung gegenüber diesen Auswüchsen setzten nicht wenige diese Vorgänge gleich mit Aktionen nationalsozialistischer Studenten vor und nach der Machtergreifung. Auch der Autor gefällt sich in dieser zweifelhaften Analogie (163). Daß auch liberal eingestellte Hochschulmitglieder vor der Brachialgewalt der linken und antiautoritären Studentenorganisationen, vor allem vor der straff gegliederten „Kommunistischen Hochschulgruppe“ (KHG), zusehends kapitulierten und sich enttäuscht zurückzogen, bildete ein schweres Handicap für die Reformarbeit. Drittens aber erscheint einzig und allein die Juristische

---

4 MOHR, Arno, Politikwissenschaft in Heidelberg, in: Politikwissenschaft in Heidelberg. 50 Jahre Institut für Politische Wissenschaft, hg. von DEMS. und Dieter NOHLEN, Heidelberg 2008, 19-87, hier 76.

Fakultät als der wahre Lordsiegelbewahrer der Befriedung der Universität, weil sie sich von ihrem akademischen Traditionsbewußtsein, ihrem Insistieren auf Begabung und Leistungsbereitschaft und ihrer Staatstreue nicht zu trennen gewillt war (so z. B. 207, 208f.). Dabei werden besonders die Rektorate NIEDERLÄNDER und LAUFS, beide Amtsinhaber Juristen, hervorgehoben (206, 207).

Trotz zahlreicher mitteilenswerter Informationen, interessanter Einblicke in das studentische Leben an der Heidelberger Universität über die sechs Jahrhunderte hinweg und bemerkenswerter Einsichten in das spannungsgeladene Beziehungsgeflecht zwischen Universität und der Stadt, die das Buch von Klaus-Peter SCHROEDER aufzuweisen hat, bleibt ein diskussionswürdiger diskrepanter Eindruck zurück. Bei allen kritischen Einsprüchen im Einzelnen, ist der Autor fixiert auf die ruhmreiche Entwicklung der Heidelberger „Hohen Schule“, wobei man gerne mehr darüber erfahren hätte über das Leistungsvermögen der Studiosi und inwieweit die intellektuellen Meriten des akademischen Lehrpersonals auf diese abgefärbt haben. Instinktiv beschleicht den Leser das Gefühl, bei all dem mehr oder weniger handgreiflichen und rabiaten Gebarens der Studenten in früheren Jahrhunderten, daß das Studium an sich und der Ernst, es sinnvoll zu absolvieren, ziemlich beeinträchtigend wirkte. Der harte und als „terroristisch“ wahrgenommene Schnitt kommt mit der „68er“ Generation, an der und an den Folgewirkungen daraus der Autor kein, aber auch gar kein gutes Haar läßt. Sie habe das universitäre Herkommen, das an sich „gesund“ war, zerstört. Von daher ist die Analogie zu „1933“ zu verstehen, die SCHROEDER gezogen hat. Nach 1945 schien klar zu sein, daß das Bewußtwerden der traditionsreichen deutschen Universitätsidee aus dem Geist des HUMBOLDT'SCHEN Reformwerks unabdingbar war für die Erneuerung des akademischen Lebens und man an die Grundelemente der pränationalsozialistischen Epochen wie wenn nichts geschehen wäre anknüpfen konnte. Nach der studentischen Rebellion Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre war dies gänzlich anders. Auffallend dabei ist aber, daß die Hochschulen keineswegs marxistisch transformiert wurden. Vielmehr hat sich, was auch von Konservativen immer wieder beklagt worden ist, das technokratische Modell einer Überbürokratisierung und Überregulierung von universi-

tärer Lehre und Forschung, verschärft noch zusätzlich durch den „Bologna“-Prozeß und die Tendenz zur Formierung einer „unternehmerischen“ Universität nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten (208), auf allen Fronten etabliert. Das hat der Autor, wie andere auch, betrauert. Aber war das nicht bereits seit der Frühen Neuzeit das elementare Kennzeichen des Territorialstaates, seine Regelungswut in alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auszudehnen? SCHROEDER hat ja mehrfach in seinem Text exemplarisch gezeigt, wie Studenten dagegen aufbegehrt haben. Und haben nicht die konservativen Professoren – insbesondere der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ – die Büchse der Pandora geöffnet und die staatlichen Institutionen ostentativ aufgefordert, im Namen der Freiheit der Wissenschaft die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen? Die Hochschulgesetze wurden zwar schärfer, aber die Beengung der Autonomie der Hochschulen immer besorgniserregender. Und auch wenn der Autor sich über die wenigen „Demonstrationen“ in den 2000er Jahren mokiert, dann scheint er die Angepaßtheit und Stromlinienförmigkeit der Studenten einer selbstbewußteren und agileren studentischen Generation ganz erheblich vorzuziehen. Der Autor bleibt in seinem Überblick mehr einem Idealzustand von Universität verhaftet; die Dynamik fortschrittlicher freiheitlicher Gesellschaften, der sich auch die Universität früher oder später nicht entziehen kann, bleibt bei ihm mehr als blaß, um nicht zu sagen: unterkomplex.

*Arno Mohr*